

WOLFGANG HAAS

Ist die Energieversorgung sicher?

Lieber Herr Bundesverfassungsrichter *Müller*, lieber Herr Professor *Säcker*, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute zur Energie- und Klimapolitik und deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu Ihnen sprechen zu können. Mein Vortrag versteht sich in erster Linie als rechtspolitischer und rechtstatsächlicher Vortrag, die rechtliche Dimension wurde ja schon behandelt und kann in der Diskussion nachgeholt werden.

I. Globale Trends

Die BASF ist ein naturwissenschaftlich geprägtes Unternehmen. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass es für viele Probleme eine Lösung gibt – wenn man nur forscht.

Als global aufgestelltes Chemieunternehmen ist die BASF sehr zuversichtlich, was künftiges Wachstum und Erfolg angeht. Die Weltbevölkerung wächst, und mit ihr steigt der Bedarf in den Bereichen Nahrungsmittel, Wohnen, Mobilität und Lebensqualität. Für all dies sind chemische Produkte essentiell. Chemie ist aber auch der Schlüssel, der den Systemwechsel hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft ermöglicht, die zunehmend auf den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen verzichtet.

Die chemische Industrie ist ein sehr globalisierter Sektor und die BASF ist da keine Ausnahme: Wir betreiben integrierte Verbundstandorte in Europa, Nordamerika und Asien. Chemieanlagen sind darauf ausgelegt, jahrzehntelang zu laufen. Seit 2003 hat BASF weltweit 30 Milliarden Euro in Anlagen investiert. Entscheidungen über den Standort von Investitionen müssen mit Weitsicht getroffen werden, und es kommt dabei auf eine Reihe von Faktoren an. Grundsätzlich investieren wir dort, wo unsere Kundenindustrien sind, wie zum Beispiel die Automobil- oder Bauindustrie. Neben der Nähe zu unseren Kunden sind der Zugang zu qualifizierten Mitarbeitern, wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffpreise, eine gute Infrastruktur sowie verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend.

Ein Schwerpunkt für unsere Investitionen liegt natürlich in *Asien*. Wir erwarten, dass die Schwellenländer Asiens in weniger als zehn Jahren 60 % der weltweiten Chemieproduktion auf sich vereinigen werden. Eine starke Präsenz in diesen Märkten ist für uns unverzichtbar.

Niedrige Energie- und Rohstoffpreise machen seit einigen Jahren auch *Nordamerika* wieder interessant für neue Investitionen. Die Förderung unkonventioneller Schiefergasvorkommen sorgt für einen signifikanten Wettbewerbsvorteil in den USA. Wir

haben unsere Aktivitäten in Nordamerika erhöht, um von dieser Entwicklung zu profitieren. In den nächsten fünf Jahren werden wir zusätzlich 3 Milliarden Euro in den USA investieren. Zurzeit zielen diese Investitionen auf die Belieferung des nordamerikanischen Marktes. Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, dass die Produktion dort so kostengünstig sein wird, dass sich auch der Export nach Asien und Europa rechnen wird.

Der Verband der Chemischen Industrie hat errechnet, dass die deutsche chemische Industrie erstmals seit 13 Jahren mehr im Ausland investiert hat als hierzulande, und das liegt insbesondere auch an den Energiekosten. Diese Veränderung passiert nicht über Nacht, sie ist ein schleichender Prozess. Auf lange Sicht kann sie ganze Wertschöpfungsketten aus Europa verdrängen.

Dabei haben gerade Länder mit einem soliden Industriesektor wie etwa Deutschland die schlimmste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erstaunlich gut überstanden. Und darum beneiden uns auch viele unserer europäischen Nachbarn und Partner in der EU. Die Menschen fangen an, den hohen Wert einer florierenden Industrie zu schätzen. Um Europa krisenfester für die Zukunft zu machen, hat die europäische Kommission ein neues, ambitioniertes Ziel für die EU vorgegeben: Der Industrieanteil an der Wertschöpfung in der EU soll bis 2020 von derzeit 16 % auf 20 % ansteigen. Ein Beitrag dazu sollen sogenannte Wettbewerbsfähigkeits-Checks sein, die Auswirkungen von EU-Gesetzesvorhaben auf die europäische Industrie überprüfen sollen. Die entscheidende Frage ist natürlich: Wie wird dieser gut gemeinte und richtige Vorsatz in der EU-Politik umgesetzt? Und wie können solche Wettbewerbsfähigkeits-Checks dazu beitragen, die europäische Energie- und Klimapolitik mit dem Ziel eines erhöhten Industrieanteils in Einklang zu bringen?

Die chemische Industrie ist eine der wenigen Branchen in Europa, die zur Weltspitze gehören. In Europa erzielt die Chemie einen jährlichen Umsatz von mehr als 600 Milliarden Euro. Das ist ein Anteil am Weltmarkt von mehr als 20 %. Leider nimmt unser Weltmarktanteil rapide ab. Vor 20 Jahren lag er noch bei 36 %. Natürlich ist diese Veränderung zum Teil der rasanten Entwicklung in den Schwellenländern geschuldet. Aber das ist nicht der einzige Grund für den Rückgang des europäischen Industrieanteils: Ich glaube, wir haben in Europa immer noch nicht klar Kurs auf Wachstum genommen. Symptomatisch dafür ist die derzeitige Diskussion zum Schiefergas, die von Unwissenheit und Vorurteilen geprägt ist. Wir wissen noch nicht genug über die geologischen Bedingungen und den Umfang europäischer Schiefergasvorkommen. Wir müssen uns auch erst noch Klarheit über Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit einer möglichen Schiefergasproduktion in Europa verschaffen.

Die öffentliche Debatte ist aber heute bereits von einer Reihe von Vorurteilen getrieben. Einige Länder meinen gar, dass ein Förderverbot die richtige Maßnahme sei. Europa darf aber als wichtiger Spieler in der globalen Wirtschaft nicht die Augen davor verschließen, dass abseits der öffentlichen Debatte eine wirtschaftliche Entwicklung passiert, die unsere Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellt.

Deshalb müssen wir zunächst unvoreingenommen alle Fakten kennen, bevor wir uns ein Urteil über die Möglichkeiten und Risiken der Förderung von Schiefergas

machen. Ein Schiefergasboom wie in den USA ist in Europa nicht zu erwarten. Mit Schiefergas könnte aber das Niveau der heimischen Erdgasversorgung auf dem heutigen Stand gehalten werden. Dies wäre eine zusätzliche Möglichkeit, die Versorgung mit Energie und Rohstoffen für die europäische Chemieindustrie sicherer zu machen.

Ob Europa den Weg zur Förderung von Schiefergas frei macht oder nicht, für Nordamerika und daher auch für den Rest der Welt ist Schiefergas eine Realität, die die Spielregeln neu festgelegt hat. In Europa müssen wir uns überlegen, ob wir nur leidender Beobachter dieser Veränderung sein wollen, oder ob wir auch die sich daraus ergebenden Möglichkeiten näher anschauen wollen.

II. Energie & Wettbewerbsfähigkeit

Die sichere Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen ist ein entscheidender Standortfaktor für uns, weil Energie einen der wichtigsten Bausteine zur Herstellung von chemischen Produkten darstellt. Der Gasverbrauch unseres Standortes in Ludwigshafen allein entspricht dem Bedarf von ganz Berlin. Unser gruppenweiter Bedarf an Erdgas übersteigt den von ganz Dänemark.

Hohe Energiepreise in Deutschland und Europa haben sich mittlerweile zu einem entscheidenden Standortnachteil entwickelt. Der neue World Energy Outlook der Internationalen Energie-Agentur prognostiziert eine unveränderte Preisdifferenz zwischen der EU und den USA von 4:1 bei den Gaspreisen und 2:1 bei den Elektrizitätskosten – und das soll sich in den kommenden Jahren wohl auch nicht wesentlich ändern. Ein solcher Nachteil bei den Energiekosten wird sich deutlich negativ auf Investitionen in der EU und auf unsere Handelsbilanz auswirken (Abb. 1, S. 60).

Energiesicherheit ist ein Eckpfeiler für unsere industrielle Basis in Europa. Die Industrie ist auf die sichere und kosteneffiziente Versorgung mit Elektrizität und Rohstoffen angewiesen, um hochwertige Produkte für die Märkte in Europa und weltweit zu produzieren. Wir brauchen Versorgungssicherheit jede Sekunde, 24 Stunden pro Tag, 365 Tage im Jahr. Industrie-Anlagen sind sehr empfindlich gegenüber Black-outs, auch wenn solch ein Ausfall nur Millisekunden andauern sollte. Aber diese Energiesicherheit ist in Gefahr. Die Energiestrategie der Kommission identifiziert einen Investitionsbedarf von eine Billion Euro im Energiesektor in den nächsten zehn Jahren. Aufgrund regulatorischer Risiken und ungünstiger Bedingungen für die Finanzierung ist ein beträchtlicher Anteil dieser benötigten Investitionen in Frage gestellt.

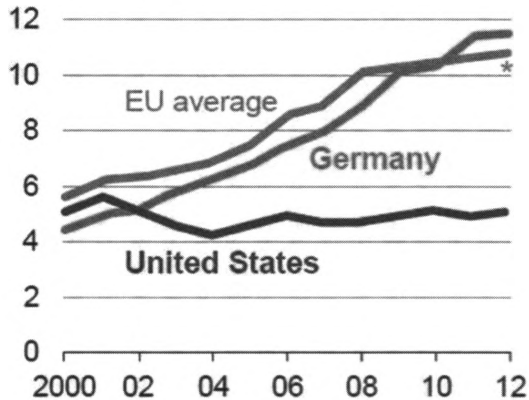
Im Chemiesektor hat der hohe Energiebedarf bereits seit Jahrzehnten die Verbesserung der Energieeffizienz vorangetrieben, lange bevor Energieeffizienz auch als politisches Ziel formuliert wurde. So ist zwischen 1990 und 2010 der Energieverbrauch der chemischen Industrie in Europa um 20 % gesunken, während gleichzeitig die Chemieproduktion um 70 % gestiegen ist.

Europas Handicap Entwicklung der Energiepreise



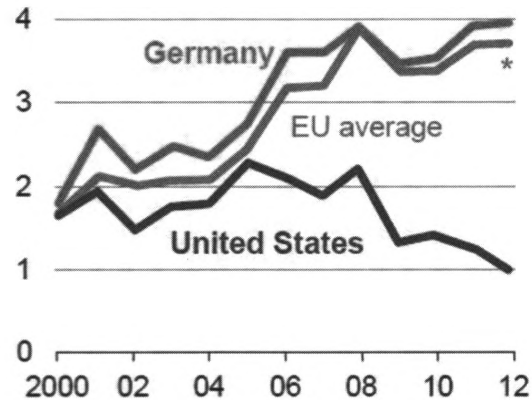
Industrial energy prices, € cents per kWh

Electricity



* Estimate

Gas



Source: Breugel-Bericht; Enerdata/McKinsey

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass wir die großen Effizienzsteigerungen der Vergangenheit nicht wiederholen können. Die ungenutzten Potenziale zur Effizienzsteigerung in den energieintensiven Industrien sind begrenzt. Künftig werden wir ein Produktionswachstum nicht vom Energie- und Rohstoffverbrauch entkoppeln können, auch wenn wir weiterhin alle wirtschaftlich sinnvollen Verbesserungen der Energieeffizienz umsetzen. Kurz gesagt: Wenn wir in Zukunft weiter wachsen wollen, dann werden wir auch mehr Rohstoffe und Energie dazu brauchen. Unser neues TDI-Projekt am Standort Ludwigshafen ist ein gutes Beispiel: Wir investieren zirka eine Milliarde Euro in eine Worldscale-Produktion zur Herstellung eines Vorprodukts für den Kunststoff Polyurethan, der unter anderem im Automobilbau, für High-Tech-Turnschuhe oder als hochleistungsfähiger Dämmstoff in modernen Kühlschränken eingesetzt wird. Die damit vernetzten vor- und nachgeschalteten Anlagen schaffen hunderte zusätzlicher Stellen. Aber auch wenn diese Anlage auf dem neuesten Stand der Technik produzieren und eine höhere Energieeffizienz aufweisen wird, in absoluten Zahlen wird sie unseren Energieverbrauch in Ludwigshafen aufgrund des gestiegen Produktionsvolumens steigern.

III. Energie- und Klimapolitik der EU

Im Unterschied zu anderen Regionen hält sich in Deutschland und Europa die erstaunliche Überzeugung, dass Energie begrenzt und teuer sein sollte. Die Politik muss sich den Tatsachen stellen, denn die wichtigste Prämisse der Energiewende ist nicht eingetreten: Fossile Energieträger werden auf absehbare Zeit nicht knapper. Die verfügbaren Reserven steigen durch neue Fördertechniken. Öl- und Gasknappheit sind daher nicht mehr das drängendste Problem. Fossile Energieträger werden weltweit auch im Jahr 2030 mehr als 80 % ausmachen. Fossile Energien sind global nicht teurer geworden. Im Gegenteil – sie sind in den USA so signifikant günstiger geworden, dass dies die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Anlagen bedroht. Eine unveränderte Fortschreibung der europäischen Energie- und Klimapolitik würde unseren gravierenden Standortnachteil weiter verschärfen.

Die EU will Vorreiter beim Klimaschutz sein. Kein anderes Land hat so umfassende Maßnahmen wie die EU ergriffen. Aber: Bei allem Bemühen um den Klimaschutz durch strenge Auflagen in der EU bleibt doch festzuhalten, dass die USA ganz ohne solche Auflagen nur dank der konsequenten Nutzung von Schiefergas ihre CO₂-Bilanz entscheidend verbessern konnten, während in der EU die Kohlenutzung deutlich ansteigt mit negativen Folgen für unsere CO₂-Bilanz. Meine Damen und Herren, wir wollen mit dem massiven und teuren Ausbau der erneuerbaren Energien einen Beitrag zum weltweitem Klimaschutz leisten und erreichen faktisch das Gegenteil. Global betrachtet kann der Beitrag Deutschlands nur marginal sein. Dies ergibt sich zum Beispiel aus dem künftig deutlich erhöhten Einsatz von Kohle in China. China setzt verstärkt auf die Kohlechemie und erhöht seinen CO₂-Ausstoß beträchtlich. Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs in die Industrie, in der die BASF seit fast

150 Jahren erfolgreich tätig ist. Die Chemie: Kohlenstoffhaltige Rohstoffe – früher Kohle, heute Erdöl und Gas – sind für die Chemieindustrie der wichtigste Rohstoff. Erdöl ist heute mit einem Anteil von rund 70 % der dominierende Chemierohstoff, doch der Schiefergasboom in den USA sowie die riesigen Kohlevorkommen im Inneren Chinas werden – abhängig vom Standort – zu Veränderungen in diesem Rohstoffmix führen. Damit Sie eine Vorstellung davon bekommen, welche Umwälzungen in China auf dem Weg sind: Die Kapazitäten der in China existierenden, im Bau befindlichen oder geplanten Produktionsanlagen für Chemie auf Kohlebasis übersteigen mittlerweile 10 % der global existierenden Produktionskapazitäten der jeweiligen Grundchemikalien. China versucht dadurch weniger abhängig von teuren Öl- und Gasimporten zu werden. Verständlich aus der chinesischen Perspektive. Aber: Der Einsatz von Kohle führt auf Grundlage der heute verfügbaren Technologien im Vergleich mit anderen fossilen Energieträgern unausweichlich zu dramatisch erhöhten CO₂-Emissionen.

Aus der globalen Perspektive müssen wir angesichts dieser einschneidenden Veränderungen unsere unilateral ausgelegte Klimapolitik in Europa kritisch hinterfragen. Was die EU durch die Erhöhung ihres Klimaziels von 20 % auf 30 % im Jahr 2020 einsparen würde, wird China dann in gerade einmal zwei Wochen emittieren. Einmal mehr wird deutlich: Der Klimawandel kann nur durch ein gemeinsames Handeln auf globaler Ebene gestoppt werden.

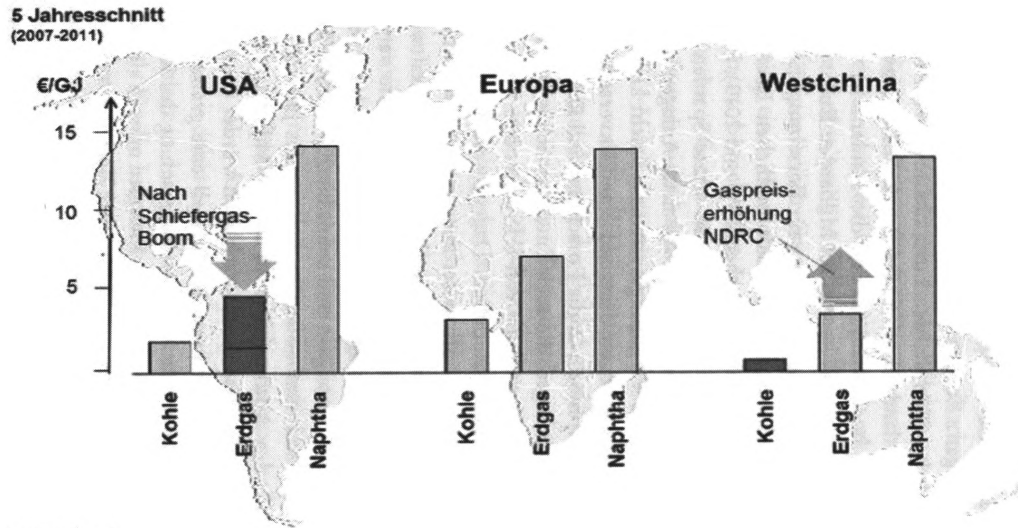
Die These, dass eine unilaterale Zielverschärfung Vorreiter-Vorteile für die EU-Volkswirtschaft bedeute, teilen wir nicht. Im Gegenteil: Nachhaltiger Klimaschutz ist nur mit einer wettbewerbsfähigen Industrie als Motor für Innovationen zu meistern. Wir müssen beim Klimaschutz endlich die globalen Trends zur Kenntnis nehmen und unser Handeln auch danach ausrichten. Was diese beiden Entwicklungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bedeuten, sehen Sie auf diesem Chart. Die USA profitieren von niedrigen Gaspreisen, China von dem massiven Einsatz billiger Kohle und Europa hat das Nachsehen (Abb. 2, S. 63).

Was sehen wir konkret in der EU? Die neue *Energieeffizienz-Richtlinie* schreibt eine Obergrenze für den absoluten Energieverbrauch in der EU für 2020 fest, sodass der Energieverbrauch künftig gesenkt werden muss. Auf der anderen Seite sagt die Internationale Energieagentur beispielsweise bei organischen Chemikalien einen Bedarfsanstieg um 210 % bis 2035 voraus. Wie will sich die EU einen Teil dieses Wachstums sichern, wenn sie zugleich eine absolute Verbrauchsobergrenze für Energie einführt, die das Wachstum potenziell beschränkt? Und um noch einmal auf unser BASF-Beispiel zurückzukommen: Soll die BASF künftig von Investitionen wie das genannte TDI-Projekt in Europa absehen und sie lieber in andere Weltregionen leiten?

Wir in der chemischen Industrie wollen auch in Zukunft in Europa investieren, aber es muss sich betriebswirtschaftlich rechnen. Neue Maßnahmen zur weiteren Emissionsvermeidung und Energieeffizienz sollten sich auf die weitgehend ungenutzten Potentiale im Gebäude- und im Transportbereich fokussieren, denn im Vergleich zum Industriesektor, der seine Hausaufgaben bereits weitgehend gemacht hat, sind dort die Potenziale zur Effizienzverbesserung am größten.

Europas Handicap

Regionale energienormierte Preise verschiedener Rohstoffe



Quelle: BASF

Source: Breugel-Bericht; Enerdata/McKinsey

Ist die Energieversorgung sicher?

Beim Übergang zu den *erneuerbaren Energien* ist die EU auf gutem Wege, ihr Ausbauziel auf einen Anteil von 20 % bis 2020 zu erreichen. Energie aus erneuerbaren Ressourcen hat das Potenzial, einen beträchtlichen Beitrag zum Umbau des europäischen Energiesystems zu leisten. Aber die Einführung erneuerbarer Energieressourcen in der heutigen Form ist einfach zu teuer. Die Fördersysteme werden zu einer immer stärkeren Belastung für die Budgets der Mitgliedsstaaten wie auch für Privathaushalte. Für ganz Europa lagen die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien in 2010 bereits bei 25 Milliarden Euro. Heute sind die Kosten bereits wesentlich höher. Allein in Deutschland liegen die Kosten des EEG inzwischen bei 20 Milliarden Euro, etwa doppelt so hoch wie 2010 und die Tendenz ist weiter steigend. Dazu kommen noch Stromsteuern in Höhe von 6,4 Milliarden Euro. Im Vergleich zu diesen Ausgaben wird die bescheidene Förderung für Forschung, Entwicklung und Demonstration den hohen Ambitionen einer klimafreundlichen Energiezukunft, mit gerade einmal 2 Milliarden Euro pro Jahr (zwischen 2010 und 2013), in keiner Weise gerecht. Andere ziehen mittlerweile die Notbremse: So setzte Spanien im Januar 2012 die seit 2007 bestehenden Einspeisevergütungen für neue Anlagen mit erneuerbaren Energien aus. Die Beibehaltung des Vergütungssystems sei nicht kompatibel mit der aktuellen Wirtschaftskrise. Wir benötigen dringend eine Umverteilung der Mittel weg von bloßer Anlagensubvention hinein in die Forschung und Entwicklung neuer, effizienterer und umfassenderer Lösungen, die auch Energiespeicherung und -verteilung einbeziehen.

Nach einer aktuellen Studie von IHS führt eine Fortschreibung des EEG zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen. Dagegen eröffnet ein alternatives Energieszenario mit einem moderateren Aufbau der Erneuerbaren bei einer gleichzeitig stärkeren Rolle von thermischen Kraftwerken – insbesondere Gaskraftwerke – der Industrie bessere Wachstumschancen und würde Arbeitsplatzverluste vermeiden helfen: Der energieintensive Chemiesektor könnte seine jährliche Zuwachsrate zwischen 2015 und 2030 von 0,7 % auf 1,8 % steigern und somit bis 2030 40 000 Arbeitsplätze mehr bereitstellen. Für den Maschinenbau ergäbe sich für das Jahr 2030 ein Plus von 43 Milliarden Euro und für den Automobilsektor von 65 Milliarden Euro, was sich in 87 000 bzw. 85 000 mehr Arbeitsplätzen niederschlagen würde.

Es wird deutlich, wir brauchen schnell eine *grundlegende Reform des EEG*. Das kurzfristige Ziel ist die deutliche Verlangsamung des Kostenanstiegs; das mittelfristige Ziel ihre Reduzierung. Erneuerbare Energien müssen sich künftig bei einer Vollkostenbetrachtung am Markt behaupten und ihre Betreiber unternehmerische Verantwortung übernehmen. Die derzeit diskutierte Direktvermarktung ist ein wichtiger Schritt, muss aber auch konsequent umgesetzt werden. Bund und Länder müssen sich auf einen *verbindlichen maximalen Ausbaupfad* verständigen. Nur so kann der wesentliche Kostentreiber, der unkoordinierte Ausbau der erneuerbaren Energien, angepackt werden.

Entlastungstatbestände sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen essentiell und müssen unbeschadet der beihilferechtlichen Problematik weiter erhalten bleiben. Die Nicht-Belastung von Eigenerzeugung ist darüber hinaus die Grundlage für eine wirtschaftliche und energetisch sinnvolle Strom- und Wärmeversorgung in Kraftwärmekopplungs-Anlagen und muss deshalb ebenfalls bestehen bleiben.

Ende des letzten Jahres hat die EU-Kommission ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland eröffnet. Zwar geht die Kommission sowohl im Hinblick auf den Fördermechanismus als auch im Hinblick auf die Besondere Ausgleichsregelung zur Entlastung energieintensiver Betriebe davon aus, dass diese den Beihilfetatbestand erfüllen. Anders als den Fördermechanismus hält die Kommission die Besondere Ausgleichsregelung aber für nicht gerechtfertigt und damit für unvereinbar mit dem Binnenmarkt. Für zahlreiche Unternehmen wird die Unanwendbarkeit dieser Entlastungsregelung während des laufenden Verfahrens zu erheblichen, wenn nicht gar existenziellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Die Notwendigkeit von Entlastungstatbeständen hat mittlerweile auch die EU-Kommission erkannt. Allerdings werden diese Möglichkeiten zur Reduzierung stark eingeschränkt: Die Begünstigten müssen Sektoren angehören, die einen hohen Anteil an Exporten außerhalb Europas am Umsatz haben *und* gleichzeitig einen erheblichen Anstieg der Produktionskosten nachweisen können. Dieser Ansatz benachteiligt Industrien in Mitgliedstaaten mit Systemen zur Förderung erneuerbarer Energien, wie Deutschland, gegenüber anderen Mitgliedstaaten, die ein solches System nicht haben. Um das zu vermeiden, müsste die Handelsintensität mit anderen EU-Mitgliedstaaten zwingend mit in die Betrachtung einbezogen werden. Darüber hinaus verkennt die kumulative Anwendung der Voraussetzungen Außenhandelsintensität und Anstieg der Produktionskosten die arbeitsteilige Wertschöpfung moderner Volkswirtschaften. So sind viele außenhandelsintensive Sektoren gerade im Bereich höher veredelter Produkte selbst nicht energieintensiv. Die Energieintensität ist vielmehr oftmals in den zuliefernden Sektoren gegeben, die nicht zwingenderweise außenhandelsintensiv sind, aber die erhöhten Energiepreise überwälzen müssen. Deshalb müssen die Sektoren befreit werden, die entweder außenhandels- oder aber energieintensiv sind. In engem Zusammenhang mit der europäischen Entwicklung steht die von der großen Koalition angestrebte Novellierung des EEG. Diese drei faktisch verknüpften Projekte bereiten der Industrie auch in zeitlicher Hinsicht Sorgen: bis Mitte 2014 müssen die Unternehmen die Anträge auf Reduzierung der EEG-Umlage nach der Besonderen Ausgleichsregelung stellen. Solange das Beihilfeverfahren läuft, werden diese Anträge aber nicht positiv beschieden; auch eine Neufassung des EEG wird es bis dahin nicht geben.

Um den Anstieg der EEG-Umlage in den Griff zu bekommen, reicht es bei weitem nicht aus, Entlastungstatbestände für die Industrie zu überdenken – angesetzt werden muss vielmehr auch bei der auf mehr als 20 Jahre garantierten Förderung für EE-Anlagenbetreiber. Nur so kann der Kostenanstieg merklich gebremst werden. Ob man dabei sogar in bereits zugesagte Förderungen eingreifen kann, ist eine interessante verfassungsrechtliche Frage, die vielleicht nachher Gegenstand der Diskussion sein kann.

Bis zu einer umfassenden EEG-Reform in 2014 sollte ein Moratorium für EEG-Neuanlagen verabschiedet werden, um den weiteren Anstieg der Kosten für die Verbraucher zu begrenzen. *Leitlinien für die EEG-Reform* sollten mehr Markt und mehr Wettbewerb für erneuerbare Energien sein sowie mehr EU-Koordination – wir brauchen eine Europäisierung der Energiepolitik! Leider sehen wir in Deutschland eher den nationalen Ansatz.

Darüber hinaus müssen wir den Erneuerbaren auch die Kosten der »Nicht-Permanentverfügbarkeit«, mit anderen Worten die notwendigen Speicherkosten hinzurechnen. Die Debatte um Kapazitätsmärkte, auch wenn wir sie heute noch nicht benötigen, gibt einen Vorgeschmack auf eine bereits sichtbare neue Kostenlawine.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien innerhalb unseres Energiesystems muss wohl orchestriert ablaufen – sowohl in Bezug auf den Standort einer Anlage, insbesondere bei Wind und Solar, als auch im Infrastrukturbereich wie zum Beispiel bei der Integration in das Stromnetz, bei den so genannten »smart grids«, den Grundlast-Kapazitäten, in Bezug auf Systeme zur Energiespeicherung und natürlich beim Timing. Wichtige Teile dieses Komplexes stecken aber noch in den Kinderschuhen, etwa die Speicherkapazitäten. Die entsprechenden Innovationen, die einmal zu niedrigeren Preisen führen sollen, haben die Entwicklungsphase noch nicht hinter sich. Selbst wenn diese Technologien einmal ausgereift sein werden, umsonst wird es die Energiespeicherung nicht geben, sondern zusätzliche Kosten werden anfallen.

IV. Ziele für 2030

Die EU will schon bald einen geeigneten Rahmen für die Energie- und Klimapolitik bis 2030 vorstellen. Aus unserer Sicht muss dabei endlich die Balance aller drei Säulen der Nachhaltigkeit stärker in den Fokus genommen werden. Wir alle sollten noch einmal unser Verständnis von Nachhaltigkeit als einem gleichgewichtigen Nebeneinander von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen schärfen. Nötig ist ein Gleichgewicht der Ziele, einseitig bindende Ziele würden dieses Gleichgewicht empfindlich stören. Neben ökologischen Indikatoren brauchen wir auch Indikatoren für Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und soziale Aspekte. Diese Indikatoren sind zu überwachen und Ziele gegebenenfalls anzupassen, sollte das Gleichgewicht in Gefahr geraten. Wenn wir ein europäisches Klimaschutzziel für 2030 formulieren wollen, muss es auf Basis einer Bottom-up-Analyse definiert werden, die unsere technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt. Wir benötigen fundierte Prämissen und Szenarien, die den Realitäten dieser Welt und dem Fehlen eines globalen Klimaschutzabkommens ebenso Rechnung tragen, wie dem sinkenden Anteil der Kernenergie im Zuge der Energiewende in Deutschland, dem Schiefergas-Boom in den USA und dem künftig massiven Ausbau von Kohlechemie in China – alles Faktoren, die in den Roadmaps der EU zu Energie und Klimaschutz von 2011 vollkommen unberücksichtigt geblieben waren.

V. Lösungen

Die Energie- und Klimapolitik in Deutschland und der EU muss sich neu fokussieren und diese an drei gleichberechtigten Zielen – nämlich Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit von Energie und den Klimaschutz – ausrichten. Wir können nur

dann Vorreiter bei nachhaltigem Klimaschutz sein, wenn es gelingt, unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Klare Vorgaben und Indikatoren müssen für alle Ziele definiert und ein Monitoring-Prozess etabliert werden. Der Schlüssel ist ein angemessenes CO₂-Vermeidungsziel, das auch ohne ein globales Klimaschutzabkommen eine sinnvolle Vorgabe darstellt und unserer Industrie ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten einräumt, für mehr Wachstum und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wir müssen Forschung und Innovation ermöglichen, anstatt neuen Technologien Hürden in den Weg zu stellen. Dazu gehören auch die Möglichkeit zur Erkundung der heimischen Schiefergasvorkommen und die Entwicklung der dazugehörigen Fördertechnik, anstatt diese Technologie ohne belastbare Erkenntnisse über deren Chancen und Risiken zu blockieren. Die Möglichkeit der EU, ein innovations- und technologiefreundliches Klima zu schaffen, wird ihren künftigen wirtschaftlichen Erfolg bestimmen.

Bereits existierende Technologien reichen nicht aus, auch die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wir müssen bereit sein, ständig neue Lösungen zu entwickeln. Wir bei der BASF wollen dazu einen Beitrag leisten, darum investieren wir jedes Jahr über 1,7 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung. Aber wir sind auf einen gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmen angewiesen, der Innovationen eine echte Chance gibt, bevor sie durch endlose und von Vorurteilen geprägte Debatten zunichte gemacht werden. Europa wird sich eine solche Grundhaltung nicht mehr lange leisten können.

Von Seiten der Politik brauchen wir:

- eine Europäisierung der Energiepolitik,
- eine Energiepolitik, die die drei Zielparameter Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz berücksichtigt,
- ein Bekenntnis zu Forschung und Innovation,
- einen Plan für eine intelligente Nutzung der Erneuerbaren Energien, die mit dem Ausbau der Infrastruktur, also Netze und Speicher, abgestimmt ist.

Vielen Dank!